November 2018

Grüner Rundbrief

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Reutlingen
www.gruene-reutlingen.de

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem dritten Kreisrundbrief im Jahr 2018 wollen wir Euch in gewohnter Manier über die Arbeit Grüner Akteure aus dem Kreis Reutlingen informieren.

Beate Müller-Gemmeke MdB widmet sich in ihrem Bericht den Themen Reform des Teilzeitrechts und Rechtsextremismus.

Thomas Poreski MdL informiert über die soziale Arbeitsmarktpolitik des Landes.

Mit der Rubrik „Unsere Alternative“ möchten wir den Begriff der „Alternative“ wieder positiv besetzen – dieses Mal stellt Timo Heimberger Anbieter für Naturstrom vor.

Cindy Holmberg berichtet von der Landesdelegiertenkonferenz in Konstanz.

Hans Gampe ruft zur Kandidatur bei der Kreistagswahl auf.

Im Sommer wurde der Kreisvorstand neu gewählt und damit dieser für Euch sichtbarer wird, stellen sich die Mitglieder des aktuellen Vorstandsteams in diesem Kreisrundbrief vor.

Im September startete wieder ein Grünes Team beim Reutlinger Spendenmarathon einige Impressionen dieses Ereignisses findet Ihr ebenfalls im Rundbrief.

Susanne Häcker gibt in einem abschließenden Beitrag einen Rückblick auf die Grüne Bundesfrauenkonferenz in Leipzig.
Das Vorstandsgeflüster hat dieses Mal unser Vorstandsmitglied Jonathan Nörz beigesteuert.

Herzlichen Dank an alle, die sich am Kreisrundbrief beteiligt haben! Meldet euch gerne bei mir , wenn Ihr interessantes aus euren Gremien zu berichten habt und einen Bericht in den Rundbrief einbringen wollt!

Für den Kreisvorstand
Susanne Häcker

Vorstandsgeflüster

„Mal vom Sofa hochkommen und den Mund aufmachen.“ – Außenminister Heiko Maas nach den Ausschreitungen bei einem Trauermarsch in Chemnitz im August 2018.

Verschiedene Ereignisse der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass Angst und Schrecken unsere Welt unter ihrer Kontrolle halten: Despoten als Machthaber in vielen Ländern, Rechtsrucke durch ganze Gesellschaften, fremdenfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen oder Menschen, die im Jahr 2018 auf deutschen Straßen den Hitlergruß zeigen.
Die freiheitlichen und weltoffenen Grundsätze unserer Gesellschaft, wie Presse- oder Religionsfreiheit, scheinen mancherorts tatsächlich gefährdet.
Wir wollen aufstehen und nicht tatenlos zusehen, wenn die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens angegriffen werden.
Wir wollen nicht wegsehen wenn Fremdenfeindlichkeit oder gar Rassismus unseren sozialen Frieden gefährden, wir wollen aufstehen und den Mund aufmachen.
Wir laden alle Parteifreund*innen herzlich dazu ein, unsere Veranstaltungen zu besuchen, sich bei den Infoständen im nächsten Europa- und Kommunalwahlkampf zu beteiligen, bei den kommenden Kreismitgliederversammlungen mitzumischen und so gemeinsam für Menschlichkeit und Toleranz in unserer Demokratie auf- und einzustehen!

Für den Kreisvorstand
Jonathan Nörz

Parlamentarisches in unruhigen Zeiten

Die Bilder, die wir Ende September aus Chemnitz zu sehen bekamen, werden in Erinnerung bleiben. Sie waren verstörend: In der Stadt wütete ein rechter Mob, der Jagd auf Menschen machte. Das zeigt: in Sachsen wurde der Kampf gegen Rechts von der Landesregierung viel zu lange vernachlässigt.

Es darf keinen zweiten NSU geben

Es war schockierend, mitanzusehen, wie der Chef des Verfassungsschutzes die Ereignisse in Chemnitz relativierte. Es war beschämend, dass Bundesinnenminister Seehofer dazu schwieg. Es war ein Trauerspiel, wie darum gerungen wurde, ob Maaßen seinen Job verliert und wenn ja, wie er gleich wieder aufgefangen werden kann. Bisheriger Schlusspunkt dieser Tragödie ist die Verhaftung der mutmaßlichen Terrorgruppe "Revolution Chemnitz".

Mich alarmiert diese besorgniserregende Radikalisierung der rechten Szene, die vor Gewalttaten nicht zurückschreckt.

Gewalt, Hetze und Nazipropaganda haben bei uns nichts zu suchen. Ihnen muss mit allen geeigneten rechtsstaatlichen Mitteln und mit aller Härte entgegengetreten werden, um unsere Demokratie zu verteidigen. Die Zeit des Verharmlosens und Wegduckens vor rechten Brandstiftern und rechten Strukturen muss endlich ein für alle Mal vorbei sein. Und dieses Signal gab es auch am 13. Oktober mit der Demonstration #unteilbar in Berlin. 40.000 Menschen waren gemeldet, gekommen sind 242.000. Das war eine klare Ansage für eine offene und freie Gesellschaft, für Solidarität statt Ausgrenzung. Das war wichtig!

Reform des Teilzeitrechts

Etwa zeitgleich zu den Ereignissen in Chemnitz brachte die Bundesregierung endlich die lang angekündigte Reform des Teilzeitrechts in den Bundestag ein. Denn Teilzeitarbeit führt vor allem für Frauen viel zu oft in die Teilzeitfalle. „Einmal Teilzeit“ heißt oft „immer Teilzeit“. Wir fordern daher seit Jahren ein Rückkehrrecht zum Vollzeitjob. Die Bundesregierung schafft jetzt per Gesetz eine Brückenteilzeit. Damit soll es möglich werden, von vornherein befristet in Teilzeit zu gehen und nach getaner Teilzeit wieder Vollzeit zu arbeiten.

Grundsätzlich ist das natürlich gut. Das Gesetz wird zumindest dafür sorgen, dass Teilzeit endlich Thema wird und die Betriebe für die Probleme sensibilisiert werden. Doch die Brückenteilzeit, wie sie jetzt kommt, ist viel zu eng und viel zu starr. Sie gibt vor, gerade Frauen mehr Zeitsouveränität bei ihrer Arbeitszeit zu ermöglichen. Doch in Wirklichkeit werden die Arbeitgeber_innen mit Samthandschuhen angefasst und in Watte gepackt.

Nur wenige Frauen profitieren von der neuen Brückenteilzeit

In Anspruch nehmen können die Brückenteilzeit nur Beschäftigte, die bei Arbeitgeber_innen mit mehr als 45 Beschäftigten arbeiten. Das heißt, viele erwerbstätige Frauen können von der Brückenteilzeit gar nicht profitieren, denn sie arbeiten in „zu kleinen“ Betrieben. Arbeitgeber_innen können den Wunsch nach Brückenteilzeit auch ablehnen, wenn betriebliche Gründe dagegen sprechen. Sie können außerdem ablehnen, wenn bei ihnen 45 bis 200 Beschäftigte arbeiten, denn hier darf nur jede 15. Beschäftigte in Brückenteilzeit gehen. So werden doppelte und dreifache Hürden in das Gesetz eingebaut. Von mehr Zeitsouveränität kann da keine Rede mehr sein. Beschäftigte müssen sich außerdem von Anfang an festlegen, ob sie ein Jahr in Teilzeit gehen oder maximal bis zu fünf Jahren. Weniger geht nicht, mehr auch nicht. Und zwischendurch die Brückenteilzeit verändern, ist gesetzlich auch nicht vorgesehen. Starrer geht es kaum noch. Vor allem wenn es um diejenigen geht, die bereits in Teilzeit arbeiten und ihre Arbeitszeit verlängern möchten, passiert bei diesem Gesetzesentwurf zu wenig. Denn hier sieht die Reform des Teilzeitrechts vor, dass Arbeitgeber_innen diese Arbeitszeitwünsche künftig mit ihren Beschäftigten erörtern müssen. Diese sogenannte Erörterungspflicht ist tatsächlich neu, aber völlig harmlos. Nach dem Motto: ‚Schön, dass wir mal geredet haben‘, wird sie wirkungslos bleiben. Denn ein Recht auf die Verlängerung der Arbeitszeit haben die Beschäftigten immer noch nicht.

Es ist höchste Zeit für mehr Zeitsouveränität. Doch bei dieser Reform stehen nicht die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten im Mittelpunkt, sondern der Schutz der Unternehmen vor vermeintlicher Überforderung. Das ist kein großer Wurf. Höchstens ein winziger erster Schritt in die richtige Richtung und daran werden wohl auch meine Änderungsanträge nichts ändern.

Beate Müller-Gemmeke, MdB (Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik)

Sozialer Arbeitsmarkt 2020 – das Land geht voran

Wir haben in Baden-Württemberg rechnerisch Vollbeschäftigung. Dennoch sind faktisch weiterhin viele Menschen ohne echte Perspektive auf dem Arbeitsmarkt: Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, junge Menschen mit abgebrochener Schulbildung, junge Menschen ohne Berufsausbildung, Alleinerziehende, ältere Menschen, überdurchschnittlich viele Migrantinnen und Migranten sowie junge Menschen mit erschwerten Startbedingungen.
Für sie haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode das Landesarbeitsmarktprogramm ins Leben gerufen und in dieser Wahlperiode behutsam weiterentwickelt. Die Federführung in der grünen Landtagsfraktion liegt dabei bei mir, das zuständige Ressort ist seit dieser Wahlperiode das Wirtschaftsministerium. Dabei ersetzen wir nicht die originär zuständige Bundespolitik. Vereinfacht gesagt: Wir greifen hier im Land Bedarfslagen und Ideen auf und entwickeln auf dieser Grundlage Konzepte, gemeinsam mit Akteuren zum Beispiel aus der Wohlfahrtspflege, aber auch in enger Kooperation mit Unternehmen und der Bundesagentur für Arbeit. Diese werden modellhaft breit erprobt und dann als „serienreife“ Konzepte der Bundesebene nahegebracht.
Insgesamt ist unser Programm eine echte Erfolgsgeschichte, und einige Elemente haben bereits Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden. Allerdings immer nur zäh und bruchstückhaft, so dass auch die neuen Ansätze der Groko unser Programm bisher nicht ersetzen, sondern allenfalls Anpassungen und Weiterentwicklungen erfordern. Dazu habe ich mit meinem Team und unseren parlamentarischen Beraterinnen am 22. Oktober ein Fachgespräch im Landtag veranstaltet, die Ergebnisse werden in den nächsten Wochen veröffentlicht.
Unser Augenmerk liegt auf typischen biografischen Bruchpunkten und Risiken für Erwerbsbiografien.
Bei jungen Menschen ist die Kooperation mit der Jugendhilfe ein zentrales Element. Neu in unserer Betrachtung und noch nicht gesichert sind die sogenannten Produktionsschulen, deren Besonderheit gerade darin besteht, dass sie gerade keinen klassisch schulischen Charakter haben. Sie sollen jungen Menschen, die sich von allen schulischen Bezügen entfremdet haben, den Zugang zu Bildung und Qualifikation eröffnen.
Biografisch anschließend und bei uns langjährig erprobt ist die Assistierte Ausbildung. Sie ermöglicht Jugendlichen, die zwar das Potenzial, aber nicht die aktuellen Ressourcen dafür haben, eine erfolgreiche Ausbildung. Hier hat der Bund einiges von uns übernommen, auch für Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung. Allerdings sind weiterhin ergänzende Konzepte notwendig, um besonders benachteiligten Jugendlichen eine erfolgreiche Ausbildungsperspektive zu eröffnen.
Ein weiteres wichtiges Programm ist die so genannten Teilzeitausbildung für Alleinerziehende. Das Land finanziert hier das Netzwerk Teilzeitausbildung unter dem Dach der LAG Mädchenpolitik.
Zu den zentralen Projektbausteinen gehört auch der sogenannte „Passiv-Aktiv-Tausch“ (PAT), der um eine Qualifizierungskomponente für Langzeitarbeitslose zum („Passiv-Aktiv-Tausch PLUS“) erweitert wurde. Die Grundidee des „PAT“ ist es, die ursprünglich „passiven“ Leistungen für Lebensunterhalt und Wohnen in „aktive“ Zuschüsse für Arbeitgeber zu wandeln, die damit einen finanziellen Anreiz erhalten, zuvor Langzeitarbeitslose zu beschäftigen. Die Hoffnung, dass der PAT ein Bundesprojekt wird, hat sich mit dieser Groko leider wieder nicht erfüllt – trotz der vielen Befürworter*innen in allen Parteien.
Um für besonders benachteiligte Gruppen - ähnlich wie bei der Assistierten Ausbildung - eine nachhaltige Integration in die Erwerbsarbeit zu erreichen, wurde die „Assistierte Beschäftigung“ ins Leben gerufen. Bislang haben 3.550 Teilnehmende das Programm durchlaufen - mehr als die Hälfte war auch noch sechs Monate nach Beginn der Maßnahme im Job.
Den besonderen Schwierigkeiten von suchtkranken Langzeitarbeitslosen wird mit dem Baustein „Nachhaltige Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Abhängigkeitskranker in den Arbeitsmarkt (NaWiSu)“ begegnet. Hier wird die ambulante Suchtrehabilitation mit Arbeitsfördermaßnahmen zur beruflichen Reintegration vernetzt.
Langanhaltende Erwerbslosigkeit belastet psychisch. Lebensstabilisierende und alltagsstrukturierende Maßnahmen in Form von Beratungs- und Empowermentprojekten, die die Aktivierung der Erwerbslosen und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen, sind daher kein Luxus, sondern notwendig und sollten daher flächendeckend eingerichtet werden. Auch hierfür leisten wir im Land, gemeinsam mit wenigen anderen Ländern, Pionierarbeit.
Im Rahmen des Bausteins „Unterstützung von Arbeitslosenberatungszentren“ werden derzeit zwölf Arbeitslosen(beratungs)zentren gefördert, um Langzeitarbeitslosen eine von staatlichen Stellen unabhängige und qualitätsgesicherte ganzheitliche Beratung und Betreuung mit niederschwelligem Zugang zu ermöglichen. Die Zentren sollen die Integration der langzeitarbeitslosen Menschen in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt durch engmaschige Lotsen-, Clearing- und Orientierungsdienstleistungen fördern und so zur sozialen Stabilisierung der

Betreffenden beitragen. Das funktioniert bestens, meldet uns auch die Agentur für Arbeit zurück. Bei uns ist es inzwischen so, dass besonders schwierige Beratungsfälle vom Jobcenter an die unabhängige Erwerbslosenberatung der Arbeiterbildung verwiesen werden. Wenn die zum Beispiel Ansprüche der Erwerbslosen erkennt, welche das Jobcenter nicht erkannt oder anerkannt hat, gibt das Jobcenter in der Regel nach. Dafür erklärt die unabhängige Beratung den Betroffenen wesentlich stressfreier, wenn vermeintliche Ansprüche im Einzelfall doch nicht bestehen. Dies verbessert die Integrationsmotivation erheblich. Alles gut? Nicht ganz, denn die Übernahme des Konzepts im Bund ist leider noch nicht in Sicht. Und für eine flächendeckende Versorgung fehlen dem Land die Mittel.
Das ist aus unterschiedlichen Perspektiven wenig nachhaltig, denn ist es trotz guter Konjunktur fahrlässig, den Problemen hinterherzulaufen statt aktiv neuen Herausforderungen zu begegnen. Das gilt auch beim Megatrend der Digitalisierung, welche die Arbeitswelt massiv verändert – Stichwort Arbeit 4.0 – und eines überdeutlich macht:
Die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Erwachsenen müssen ebenfalls überdacht und an die veränderten Lebenswelten der Menschen angepasst werden.
Wir brauchen einen Perspektivwechsel in der Erwachsenenbildung, gerade auch im Hinblick auf benachteiligte Personengruppen.

Thomas Poreski, Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 60 (Reutlingen)

Unsere Alternative von Timo Heimberger

Mit dieser Rubrik möchten wir den Begriff der „Alternative“ wieder positiv besetzen. Zu diesem Zweck stellen wir mit jedem neuen Kreisrundbrief Produkte oder Unternehmen vor, die eine grüne Alternative zum nicht-nachhaltigen Mainstream bieten.
Heute: **Stromversorgung**.
Im Hambacher Forst müssen derzeit Wälder für den Kohleabbau weichen. Dabei ist der Ausstieg aus der Kohle dringend nötig für den Klimaschutz. Doch das scheint dem Stromkonzern RWE gleichgültig zu sein. Gegen Widerstände (auch der Grünen) lässt RWE weiter abholzen. Doch Stromverbraucher*innen sind nicht machtlos: Der individuelle Ausstieg aus Kohle und Atomkraft steht jedem Menschen offen. Es gibt sie, die Stromanbieter, die bereits heute ausschließlich auf regenerative Energiequellen setzen:
Die bekanntesten sind die Elektrizitätswerke Schönau (= EWS, auch genannt „die Stromrebellen“), Lichtblick, Naturstrom, Greenpeace Energy, Polarstern und „Die Bürgerwerke“. Es gibt darüber hinaus noch weitere Ökostromanbieter, doch Vorsicht ist geboten: Auch die vier großen Atom- und Kohlekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und En.BW haben Ökostromtarife oder „grüne“ Tochterunternehmen...
Ein Wechsel des Stromanbieters ist simpel. Einfach im Internet einen Ökostromanbieter ansteuern und das bereitgestellte Formular ausfüllen. Einen Großteil des Aufwands übernimmt dann der neue Stromanbieter. Also los. Starte deine ganz persönliche Energiewende…

Landesparteitag am 6. und 7. Oktober in Konstanz

Verkehrsminister Winne Hermann bei seiner LDK Rede und das Präsidium mit Cindy Holmberg (zweite von links.

Bei unserem Parteitag haben wir Kurs auf die Kommunal- und Europawahl genommen. Im Mittelpunkt standen die Aussprache zur aktuellen politischen Lage, das Papier zur grünen Wohnraumoffensive mit zwölf Projekten für bezahlbares, ökologisches und innovatives Bauen und Wohnen und die inhaltlichen Leitlinien für die Kommunalwahlen 2019, die ich auch bei ihrer Entstehung als Aufsichtsrätin der GAR begleitet habe.
Die Delegierten, Susanne Häcker, Beate Müller-Gemmeke, Alexandra Alth und Thomas Poreski konnten bei bestem Wetter im Bodenseeforum in Konstanz den Inhalten und Vorschlägen des Landesvorstandes zuhören und sich einbringen.

Unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann hielt eine großartige Rede zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt und hob die Verleihung des Friedensnobelpreises an Nadia Murad hervor. Nadia Murad ist eine der 1000 Jesidinnen, die mit einem Sonderprogramm des Landes Baden-Württemberg als Geflüchtete aufgenommen wurde und durch Vorträge über das unsagbare Leid der Jesid*innen aufklärte. Ihre starken Worte und Taten, trotz der furchtbaren Geschehnisse in ihrem Leben machen auch uns stark. Selbst Winfried Kretschmann bezeichnete sie als die stärkste Frau, die er je kennenlernen durfte.
Angekündigt hatte sich auch die Bundesvorsitzende Analena Baerbock, die leider kurzfristig absagen musste, um an der bundesweiten Demonstration zum vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst teilzunehmen. Dort setzten 50.000 Menschen ein deutliches Zeichen für den so dringend notwendigen Ausstieg aus der Kohleenergie. Der Parteitag schickte mit einer schönen Bildaktion solidarische Grüße.
Bei unserem letzten Parteitag stand die Vergabe der Voten zur Europawahl im Mittelpunkt. Dieses Mal standen die Kommunalwahlen und insbesondere das Thema wohnen im Zentrum. Die neue Buslinie, das kommunale Kino, die Kita oder das Blühwiesenprojekt: Vor Ort, in der Stadt und der Gemeinde, gestalten wir das Zusammenleben. Hier legen wir den Grundstein dafür, dass wir gut leben können – in einer intakten Umwelt und in einem Gemeinwesen, das Halt gibt. Und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen. Hier könnt ihr euch auf der Seite der GAR – Grüne und Alternative in Räten Tipps, Vorlagen, Textbausteinen und Anregungen zu unterschiedlichsten Themen, die die Kommunen betreffen holen und euch inhaltlich optimal auf die Kommunalwahl vorbereiten. https://www.gar-bw.de/
Im Landesvorstand wurde zudem ein Papier zur grünen Wohnraumoffensive mit zwölf Projekten für bezahlbares, ökologisches und innovatives Bauen und Wohnen erarbeitet und dem Parteitag vorgestellt. Bezahlbarer Wohnraum wird ein zentrales Thema bei der anstehenden Kommunalwahl sein. Auch hier wollen wir den grünen in den Kommunen ein starkes Instrument in die Hand geben, um vor Ort für grüne Ziele kämpfen zu können.
Ihr findet es hier: https://parteitage.gruene-bw.de/ldk182/Wohnen_fuer_alle_in_Baden-Wuerttemberg_Bezahlbar__oekologisch__innovat-44927
Wir wachsen stetig und so durfte das 10.000 Mitglied einen Konfettiregen erleben. Die junge Frau aus Karlsruhe legte in einer kurzen Rede dar, warum sie jetzt Mitglied bei den Grünen geworden ist. In Zeiten von AfD, Trump, Putin und Co wolle sie sich einsetzen, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Umwelt für eine gute Zukunft, sagte sie. Da sei sie bei den Grünen am Besten aufgehoben. Recht hat sie!
Zum Geburtstag unserer Beate, stimmte Gerhard Schick bei seiner Verabschiedung einen Kanon an. Der ganze Saal bebte als sie ihr „Viel Glück und viel Segen“ wünschten. Der Finanzexperte und langjährige Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick wird zum Jahresende aus dem Bundestag ausscheiden, um sich voll und ganz der Bürgerbewegung Finanzwende zu widmen, die sich dafür einsetzt, dass Finanzmärkte den Menschen dienen. https://www.finanzwende.de/
Der goldene Oktober lud die Delegierten ein, die neu eingeführte Mittagspause während Parteitagen, auf der Terrasse am Rheinufer zu genießen. Eine wirklich sinnvolle Änderung. Es bietet eine kurze Pause um sich zu sammeln, stärken oder vernetzen und sorgte damit für einen sehr ruhigen, geordneten Parteitag, da sich offensichtlich während der Veranstaltung alle auf die Inhalte konzentrieren konnten. ☺ Da ich dieses Mal zum ersten Mal Teil des Präsidiums war, kam mir das sehr entgegen.

Mehr zu unserem Parteitag findet ihr hier: https://www.gruene-bw.de/landesparteitag-in-konstanz/

Cindy Holmberg , Mitglied des Parteirates in Baden-Württemberg

Wahlen 2019 - Kandidat*innen für den Kreistag Reutlingen

Liebe Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Liebe Freundinnen und Freunde,

am 26. Mai 2019 finden nicht nur die Wahlen zum Europaparlament statt, sondern es werden gleichzeitig neue Gemeinderät*innen in den Städten und Gemeinden und **Kreisrät*innen im Landkreis Reutlingen in den Kreistag** gewählt.

Wir möchten Euch ermuntern und auffordern, Euch für die Kreistagslisten zu engagieren. Seit 2009 bilden wir eine grüne Fraktion mit acht Mitgliedern im Reutlinger Kreistag. Wie Ihr den nachfolgenden Ausführungen entnehmen könnt, ist die Entscheidung für eine Kandidatur leichter als vielleicht vorgestellt.

Einige Themen, die der Kreistag entscheidet:
Energiefragen des Landkreises, Radwege- und Straßenbau im Landkreis, Gesundheitsversorgung/Krankenhaus, Kultur, berufliche Schulen, Jugendhilfe, soziale Leistungen, Freiwillige Leistungen des Landkreises, Haushalt, Umweltschutz, Biosphärengebiet Schwäbische Alb , Beförderungen im Landratsamt.

Bei der Kreistagwahl im Landkreis Reutlingen gibt es acht Wahlkreise. Wir benötigen, um die maximale Stimmenanzahl für die Grünen zu erreichen, unterschiedlich viele Kandidat*innen – vgl. Tabelle

Wahlkreise und die Anzahl der Kandidat*innen

Wahlkreise im Landkreis Reutlingen	Benötigte Zahl an Kandidat*innen	Wahlkreis-betreuende
1. Reutlingen	24	Kreisvorstand + Hans Gampe Hans.Gampe@t-online.de
2. Metzingen	5	Kreisvorstand + Getrud Kleineikenscheidt Gertrud@Kleineikenscheidt.de
3. Pfullingen	4	Kreisvorstand + Hans.Gampe@t-online.de
4. Pliezhausen, Wannweil, Walddorfhäslach, Riede-rich, Grafenberg	6	Kreisvorstand + Rainer Blum rainerblum@yahoo.de
5. Bad Urach, Dettingen/ Erms, Römerstein, Hülben, Grabenstetten	7	Kreisvorstand + David Allison allison@fabrik67.de
6. Eningen, Lichtenstein, St. Johann	6	Kreisvorstand + Rudi Teuffel rudolf.teuffel@gmx.de
7. Sonnenbühl Trochtel-fingen, Engstingen, Hohenstein	5	Kreisvorstand + Hans.Gampe@t-online.de
8. Münsingen, Hayingen, Gomadingen, Zwie-falten, Pfronstetten, Mehrstetten	5	Kreisvorstand + Hans.Gampe@t-online.de

Für Kreistagswahlen gelten im Wesentlichen dieselben Vorschriften wie für die Gemeinderatswahlen, z. B. aktives Wahlrecht ab 16 Jahren und Wählbarkeit ab 18 Jahren, mit ein paar Ausnahmen:
Die Hauptwohnung muss nicht im Wahlkreis liegen. Eine Kandidatur ist deshalb auch in einem anderen Wahlkreis möglich, wenn er im Landkreis liegt.
Bespiel: Eine Frau aus Reutlinger könnte auch im Wahlkreis 7 Sonnenbühl, Trochtelfingen… kandidieren.

Wenn wir bei diesen Wahlen zum Kreistag gut abschneiden wollen, und das wollen wir, müssen in allen acht Wahlkreisen des Kreises Reutlingen Listen mit Kandidat*innen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aufgestellt werden.
Deshalb meldet Euch bitte als Kandidatin oder Kandidat beim grünen Büro (kv.reutlngen@gruene.de) oder telefonisch 07121/372 677.
Dabei ist es hilfreich, wenn Ihr den Verantwortlichen in den Wahlkreisen bei eurer Kandidatur angebt:
- Nachname, Vorname ; PLZ Ort, Straße, Hausnummer ; Geburtstag ; Beruf ; Telefon, Mailadresse (für evtl. Nachfragen) und ob ihr eher vorne, eher in der Mitte oder eher hinten kandidieren wollt.
Das erleichtert uns die Vorarbeiten.

Gebt Euch einen Ruck und kandidiert!
Wir bitten Euch, uns bis zum 30. November , mitzuteilen, ob Ihr für den Kreistag kandidieren wollt.

Wann wird über die Listen entschieden?
Die Nominierungsversammlungen wählen, getrennt nach Wahlkreisen, wer kandidiert und in welcher Reihenfolge. Voraussichtlich finden diese am 1. und 8. Februar 2019 statt. Dazu erhaltet Ihr noch eine besondere Einladung.

Weitere Informationen erteilen Euch gerne:
Hans Gampe, 07121/580142, Fraktionsvorsitzender
alle Kreistagsmitglieder (https://www.gruene-reutlingen.de/wir-ueber-uns/kreistagsfraktion/)
der Kreisvorstand (https://www.gruene-reutlingen.de/wir-ueber-uns/kreisverband/kreisvorstand/) und die Geschäftsstelle (https://www.gruene-reutlingen.de/wir-ueber-uns/kreisverband/geschaeftsstelle/)

Mit freundlich-grünen Grüßen
Hans Gampe und
Kreisvorstand Reutlingen

Der Kreisvorstand stellt sich vor

Die Sprecher*innen

Ich Cindy Holmberg bin staatl. geprüfte Wirtschaftskorrespondentin in Spanisch und Englisch. Als Kreisrätin habe ich meine Schwerpunkte in der Energie- und Umweltpolitik. Mein Herzensthema ist Europa – denn Europa steht für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität. Ich mache mich deshalb stark für ein Europa, das allen Menschen Chancen ermöglicht und freue mich auf den anstehenden Europa Wahlkampf. Ich vertrete euch im Landesvorstand Baden-Württemberg. Außerdem setze ich mich für die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen ein. Ich arbeite im Wahlkreisbüro für die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke.

David Allison ist seit 2007 Grünes Mitglied und seit 2012 Mitglied des Kreisvorstands. Außerdem ist er seit 2014 Kreisrat in Reutlingen und Mitglied im Sozial-, Schul- und Kulturausschusses. Neben Handelspolitik und Menschenrechte zählt insbesondere Europa zu seinen politischen Schwerpunkten. Wenn er nicht in Reutlingen oder im Ermstal ist, hält er sich gerne an den Küsten Europas auf.

Susanne Häcker ist seit 2008 Grünes Mitglied und seit 2009 Mitglied des Kreisvorstands.
Susanne ist aktives Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft QueerGrün und seit April 2018 Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft FrauenPolitik. Weiterhin ist Susanne seit 2008 im Tübinger Frauenprojektehaus aktiv und seit 2014 Mitglied im Vorstand der Erwerbslosenberatung Arbeiterbildung e.V. in Reutlingen. Seit 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro des Reutlinger Landtagsabgeordneten Thomas Poreski.

Timo Heimberger - Jahrgang 1981, wohnhaft in Gomadingen, verheiratet, 2 Kinder - arbeitet als Sonderschullehrer an der Dreifürstensteinschule, einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum, in Münsingen und ist Betriebsratsmitglied bei der KBF gGmbH. Er ist Sprecher des Ortsverbands Mittlere Alb und im geschäftsführenden Vorstand des Kreisverbands. Seine thematischen Schwerpunkte sind Nachhaltigkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Der Kassierer

Rudolf Sommer ist gelernter Buchhändler und Betriebswirt. Er ist seit 1988 in der ALW (Alternative Liste Wannweil) und bei den Grünen aktiv. Er ist stellvertretender Vorsitzender im Ortsverein Wannweil, Kassierer im Kreisverband Reutlingen und Mitglied im Landesfinanzrat von Bündnis 90 / Die Grünen.
Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Wirtschaft und Finanzen, Kultur und Medien.

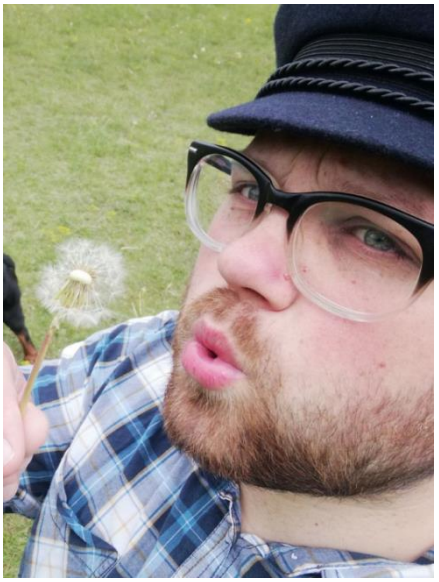
Der erweiterte Kreisvorstand

Ich Andreas Jannek bin seit 1,5 Jahren im Kreisvorstand,
seit 24 Jahren bei den Grünen und
seit 16 Jahren auf der Alb
Und habe bereits auf 5 Ebenen kandidiert.
2014 einen Sitz im Stadtrat MÜNSINGEN erkämpft,
Meine Themen sind Mobilität, kostenloser ÖPNV und Tourismus, aber auch Freie Bildung und bestes Kindeswohl sind meine Herzensanliegen. Ich biete Führungen an, fahre viel Rad und habe Erfahrung im Bioladen und an der Freien Schule TÜBINGEN.

Ich bin Christiane Nissen, Jhg. 1968 und ich lebe seit 3 Jahren in Reutlingen. Ich bin seit 1997 grünes Mitglied und war über 10 Jahre Vorstand im Ortsverband Lühe und 4 Jahre Kreisvorstand im LK Stade. In dieser Zeit habe ich auch Erfahrung als Gemeinderatsmitglied gesammelt. In Reutlingen möchte ich mich zunächst als Unterstützung des Vorstands einbringen. Politisch sind meine Themen Vielfalt, Natur, Nahverkehr. Privat lebe ich mit meinem Mann direkt in der Stadt und fahre hier überwiegend Rad. Ich habe zwei erwachsene Söhne und bin als Sozialpädagogin bei einem Bildungsträger angestellt.

Friedrich Buck ist wasserwirtschaftlich planender Bauingenieur und Vater von 3 Söhnen, derzeit alle in Ausbildung.
Als Kriegsdienstverweigerer und Nebenberufs-Mediator bin ich überzeugt: Konflikte lassen sich lösen. Kriege und Waffen führen nicht zu einem gelingenden Miteinander.
Die Demokratie - für mich die beste Staatsform - kann sich weiter entwickeln.
Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein wichtiger Schritt. Den Klimawandel zu begrenzen noch eine wichtige Aufgabe.
Wir sollten nicht auf Kosten anderer Menschen leben. Dafür bringe ich mich gerne ein.

Jonathan Nörz ist Finanzbeauftragter der Grünen Jugend in Reutlingen, sowie seit 2018 Mitglied im erweiterten Kreisvorstand. Sein politisches Herzensthema ist neben verkehrspolitischen Fragen insbesondere die Menschenrechtslage in Deutschland. Der Neunzehnjährige aus Pfullingen studiert in Stuttgart internationale Wirtschaftswissenschaften.



Sascha Lootze ist Polizeibeamter und wurde 2018 in den Kreisvorstand gewählt. Der passionierte Skipper und dreifache Familienvater konzentriert sich politisch auf die Schwerpunkte Innere Sicherheit, Verkehr sowie Gewerbe und Handwerk.

Reutlinger Spendenmarathon 2018

Ein starkes Grünes Team beim Reutlinger Spendenmarathon 2018! Bei tollem Wetter und bester Stimmung konnten Beate Müller-Gemmeke MdB, Thomas Poreski MdL und der Reutlinger Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam 600 Euro für 600 gelaufene Runden spenden. Diese liebgewonnene Tradition werden wir sicherlich auch kommendes Jahr weiterführen.

Das ist unsere Zeit: Feminismus wird Programm!

Am 7. und 8. September fand in Leipzig die Bundesfrauenkonferenz statt. Der Andrang zur grün-feministischen Konferenz war riesig. Über 250 interessierte Frauen, grüne und nicht-grüne, fanden sich schließlich in Leipzig zusammen, um unter dem Motto "Das ist unsere Zeit: Feminismus wird Programm!" gemeinsam über die feministischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu diskutieren. Ziel der Konferenz war es, feministische Positionen mit grünen und externen Frauen zu diskutieren und feministische Ansätze für das neue Grundsatzprogramm zusammen zu tragen. Grundtenor der Konferenz war, dass wir gerade in Zeiten, in denen rassistische Übergriffe wieder zunehmen und in denen Frauen das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen wird, einen solidarischen und inklusiven Feminismus, der klare Positionen bezieht, brauchen. Ebenso war es Konsens, dass es gerade angesichts der rassistischen Übergriffe in Chemnitz die Aufgabe der GRÜNEN sei, klare Kante gegen Rechts zu zeigen. Ein Höhepunkt der Tagung bildete für mich das Gespräch zwischen Claudia Roth und der Rapperin Sookee. Beide Frauen berichteten über Hassmails und Übergriffe, die sich explosionsartig erhöhten, als sie sich als Personen des öffentlichen Lebens gegen Sexismus und Rassismus äußerten.

Beide Frauen berichteten über Hassmails und Übergriffe, die sich explosionsartig erhöhten, als sie sich als Personen des öffentlichen Lebens gegen Sexismus und Rassismus äußerten. Aber aufgeben oder das Engagement zurückzudrehen kommt für beide nicht in Frage. Sie forderten die Teilnehmer*innen auf, sexistischen und rassistischen Aussagen laut und mutig zu widersprechen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen.

Enorm spannend gestaltete sich die Podiumsdiskussion mit dem Titel „Welcher Feminismus? Streit. Bewegung. Zukunft“. Charlotte Wiedemann (Journalistin), Kübra Gümüşay (Autorin), Ilse Lenz (Wissenschaftlerin) und Gesine Agena diskutierten die Ausrichtung des Grünen Feminismus in der Gegenwart und auch in Bezug auf das neue Grundsatzprogramm. Viel drehte sich dabei um den Begriff der Intersektionalität, also der Verschränkung und wechselseitigen Beeinflussung mehrerer Diskriminierungsformen in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft oder Religion. Die Grüne Frauenpolitik nimmt dabei alle Diskriminierungsformen in den Blick und streitet für die Rechte von allen Frauen, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage, sexueller Orientierung, ihren Fähigkeiten oder ihrer Religion.

Am Abend verlieh unsere Bundesvorsitzende Annalena Baerbock den ersten grün-feministischen Preis – die green Pussyhat. Mit einem großartigen Auftritt meiner Lieblingsrapperin Sookee ging es dann in den weiteren Abend, der mit einer Party abgeschlossen wurde.

Der Samstag startete mit Grußworten und vier kurzen feministische Inputs zu unterschiedlichen Themen: Dr. Mithu Sanyal sprach über sexualisierte Gewalt, Armaghan Naghipour über Frauen, Flucht und Seenotrettung, Luise Meier forderte mehr feministische Kapitalismuskritik und Stefanie Lohaus ging nochmal auf das Thema Intersektionalität ein.

All diese Aspekte flossen dann auch in die sechs Infostationen zum Grundsatzprogramm ein, die die Thematiken Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Digitalisierung, Wissensgesellschaft und Bioethik, Außen- und Europapolitik und Vielfältige Gesellschaft umfassten.

Die Themenvielfalt des Tages wurde von 20 verschiedenen Workshops gekrönt. Hier hatten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit sich zu verschiedensten Fragestellungen auszutauschen. Dazu gehörten Themen wie**:** Neue Schutzstandards für Frauen? Rechtsnormen vor und nach der Ratifizierung der Istanbul-Konvention aus europapolitischer Sicht; Frauen mit Behinderung – Selbstbestimmt leben; Sexism sells? Vernetzungstreffen zu kommunalpolitischen Strategien gegen sexistische Werbung; Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Antifeminismus; Von Pummelchen bis fette Fotze - Von Eiscreme, Bodyshaming und Sexismus; Feminismus und Religion – Grüne Positionen; Out & Proud & Visible – Die Vielfalt lesbischer Sichtbarkeit oder Trust Women – Sexuelle Selbstbestimmung. Nur um einige Beispiele zu nennen.

Am Sonntag den 9. September tagten anschließend der Bundesfrauenrat und die BAG Frauenpolitik gemeinsam, um über den Europawahlprogrammentwurf zu sprechen und über (Online)Beteiligung bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diskutieren. Dabei gab Gefion Thuermer einen kleinen Einblick zum Thema (Online-)Beteiligung in Bezug auf Geschlecht, soziale Lage und Bildung. Außerdem stand das Thema Schwangerschaftsabbrüche auf der Tagesordnung.

Susanne Häcker, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft FrauenPolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Kreisverband Reutlingen
Kreisgeschäftsführer: Daniel Ulmer
Gartenstr. 18, 72764 Reutlingen
Telefon: 07121 / 37 26 77
E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de
Internet: www.gruene-reutlingen.de
Kreisvorstand
Cindy Holmberg
E-Mail: contactme@acholmberg.de
Susanne Häcker
E-Mail: Susanne.Haecker@yahoo.de
Timo Heimberger
E-Mail: Timo.Heimberger@posteo.de
David Allison
E-Mail: david.allison@gruene-badurach.de
Rudolf Sommer (Kreiskassierer)
E-Mail: sommerurft@aol.com
Erweiterter Kreisvorstand:
Friedrich Buck
E-Mail: friedrich-buck@web.de
Andreas Jannek
E-Mail: A.Jannek@yahoo.de
Sascha Lootze
E-Mail: mail@saschalootze.de
Christiane Nissen
E-Mail: Chr.Nissen@web.de
Jonathan Noerz
E-Mail: jonathannoerz@gmail.com
Ortsverband Bad Urach
Stefan Friesch
E-Mail: friesch_goetz@freenet.de
Ortsverband Metzingen
Friedemann Salzer
E-Mail: FriedemannSalzer@hotmail.de
Ortsverband Mittlere Alb
Heike Schmidt-Scheub
E-Mail: scheub@t-online.de
Timo Heimberger
E-Mail: Timo.Heimberger@web.de
Ortsverband Pfullingen
Michael Hagel
E-Mail: mail@michael-hagel.de
Ortsverband Reutlingen
Ana Sauter
E-Mail: Ana.Sauter@t-online.de
Aster Yeman
E-Mail: aster.yeman@yahoo.de
OV Walddorfhäslach/Pliezhausen
Frank Baude
E-Mail: Frank_baude@t-online.de
OV Wannweil
Joachim Hespeler
E-Mail: info@gaertnerei-hespeler.de
Rudolf Sommer
E-Mail: sommerurft@aol.com

MandatsträgerInnen (Ansprechpartner*innen)

Bundestag
Beate Müller-Gemmeke MdB
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de
HP: www.mueller-gemmeke.de
Landtag
Thomas Poreski MdL
Thomas.Poreski@gruene.landtag-bw.de
HP: www.thomasporeski.de
Kreistagsfraktion
Hans Gampe
E-Mail: Hans.Gampe@t-online.de
Gemeinderat Bad Urach (GAL)
Markus Vogel, marcus@vogelweb.info
Gemeinderat Eningen (GAL)
Annegret Romer, gege-romer@gmx.de
Gemeinderat Lichtenstein (Offene Grüne Liste)
Arnold Sendler, schmid-sendler@t-online.de
Gemeinderat Metzingen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Elke Haubold-Schüle, haubold-schuele@web.de
Gemeinderat Münsingen (Bündnis 90/Die Grünen)
Nina Speidel, nina-speidel@gmx.de
Ortschaftsrat Neuhausen
Klaus Rümmelin, klaus.ruemmelin@datalogic.com
Gemeinderat Pfullingen (GAL)
Sigrid Godbillon, sigrid.godbillon@gal-pfullingen.de
Gemeinderat Pliezhausen (Kommunale Liste Umweltbewusster Bürger)
Wolfgang Wermke, info@ra-wermke.de
Gemeinderat Reutlingen (GuU)
Rainer Buck, rainer.buck@gruene-unabhaengige-rt.de
Ortschaftsrat Betzingen (GuU)
Friedemann Rupp, friedemann.rupp@gruene-unabhaengige-rt.de
Ortschaftsrat Ohmenhausen (GuU)
Heide Schnitzer, heide.schnitzer@web.de
Gemeinderat Walddorfhäslach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
René Maurer, renefritz@web.de
Gemeinderat Wannweil (GAL)
Christoph Treutler, treutler@cpo-treutler.de

IMPRESSUM
Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Reutlingen
Gartenstr. 18
72764 Reutlingen
KV.Reutlingen@gruene.de
Telefon: 07121 / 37 26 77 Fax: 07121 / 37 26 78
Redaktion und V.i.S.d.P.: Susanne Häcker
Gestaltung: Susanne Häcker
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,
Belegexemplare bitte an die Redaktion
Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen